Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und linke Theorie und Praxis heute

XI. Internationale Tagung des InkriT vom 7. bis 10. Juni 2007

Wieder InkriT, wieder HKWM. Immer im späten Frühjahr entfalten diese nüchternen Abkürzungen für die Freundinnen und Freunde anspruchsvollen, in Gemeinsamkeit erlebten marxistischen Denkens und Debattierens ihre magische Kraft, lockt das kollektive Erlebnis der Suche, des Streits, des Herantastens an neue Argumentationsstränge – und lockt natürlich auch der am Abend auf der Terrasse überm weitläufigen Neckartal im Tagungsort Esslingen in anregender Runde zu genießende Rotwein. InkriT – das Berliner Institut für kritische Theorie – der Einlader; die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Instituto Italiano per gli Studi Filosofici die Mitveranstalter; das HKWM – das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus – der Hauptgegenstand der Diskussionen: Das ist die Mischung, die auch 2007 wieder über hundert Diskutier- und Forschungsfreudige aus vielen Ländern nach Esslingen zog.

[Das unmittelbar Drängende: Band 7]

Am Beginn der Beratung stand eine kritische Bilanz des Vorankommens am HKWM. [Wolfgang Fritz Haug] (Esslingen), Begründer des Projekts schon im Jahre 1983 und Herausgeber, erinnerte an die günstige Zeit zu Beginn der neunziger Jahre, da, gestützt auf eine Fülle von Vorarbeiten, die ersten Bände rasch an die Öffentlichkeit gelangen konnten.1 Nun aber sei die Produktion ins Stocken geraten. Dies liege zunächst daran, dass natürlich viele Autorinnen und Autoren älter geworden sind, des weiteren und ganz erheblich am Zustand der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an den Universitäten und Instituten im Allgemeinen, schließlich aber auch an der einen und anderen Differenz in der Auffassung darüber, was das HKWM zu leisten habe und was nicht.

In der Diskussion darüber wurde deutlich, wie kompliziert sich die Dinge in der Tat darstellen, wenn über nun schon Jahrzehnte intensiver Zusammenarbeit hinweg ein gleichmäßig hoher, ja wachsender Anspruch an die Qualität der Texte gehalten werden soll. Jeder Wörterbucheintrag für sich genommen ist Neuland – für die Autorin oder den Autor ebenso wie für die Redakteurin oder den Redakteur und für die ihr Urteil abgebenden Votantinnen und Votanten. Der Weg vom Exposé für einen Eintrag über den ersten, zweiten, nicht selten auch dritten Entwurf hin zum endgültigen Text ist lang; es braucht eine Fülle von Ideen, dazu eine große Bereitschaft, Anregungen aufzunehmen und zuweilen auch den Mut, sie selbstbewusst abzulehnen, und in diesem Prozess des Gebens und Nehmens bleiben Verletzungen nicht aus, und immer wieder ist neue Kraft zu tanken, denn man ist ja erst beim Buchstaben K.

Und dieser Buchstabe, fürwahr, hat es besonders in sich. Unter K stehen Kapitalismus und Kommunismus, Klassen und Kapital, und allein schon dies mit etlichen unmittelbar zugeordneten Begriffen wie etwa Klassenbewusstsein, Klassenherrschaft, Klassenjustiz, Klassenkampf, Klassenlage2 und klassenlose Gesellschaft oder Kapitalfraktionen, Kapitalexport, Kapitallogik, Kapitalmobilität, Kapitalumschlag, Kapitalentwertung und - vernichtung, aber auch: Kapital-Editionen und Kapital-Lektüre – das ist ein Berg an Herausforderung, der in knapper Zeit nicht zu bewältigen ist, denn es geht ja nicht um längst feststehendes, nur noch zu ordnendes und auf Wörterbuchformat zu bringendes Wissen, sondern um die Erforschung und Aufdeckung von gesellschaftlichen Zusammenhängen, die sich in ständiger Veränderung befinden und deren Beschreibung immer auch scheinbar längst Gewusstes wieder in Frage oder in eine andere Ordnung stellt.

Was bleibt, wenn – wie InkriT-Vorsitzende [*Frigga Haug*] feststellte – »die Kraft der Redaktion geringer geworden« ist? Vor allem die Einladung an junge Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftler, sich dem großen HKWM-Projekt anzuschließen. Es ist eine Schule des geistigen Arbeitens wie kaum eine andere.

Band 7 also – dies wurde in Esslingen bekräftigt – wird (wie zuvor auch schon Band 6) in zwei Teilbänden erscheinen: Band 7.I mit den Einträgen von »Kaderpartei« bis »Klonen« im Jahre 2008, Band 7.II – von »Knechtschaft« bis »Krisentheorien« reichend – voraussichtlich 2009.

[Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und »Revolutionäre Realpolitik«] Mit der »Linie Luxemburg-Gramsci«, die der Tagung den Titel gab, war ein Wörterbucheintrag für den Band 8 aufgerufen – und zwar einer, der typisch dafür gelten kann, wie es beim HKWM um das kollektive Erarbeiten neuer Erkenntnisse und Einsichten geht. Was [Frigga Haug] als Autorin des Eintrags mit diesem Begriff insgesamt im Auge hat, hat sie im Kapitel 5 ihres Buches »Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik« aus dem Jahre 2007 ausführlich dargestellt.3 In einer Planskizze von Peter Weiss für die »Ästhetik des Widerstands« hat sie diese Formulierung »Linie Luxemburg-Gramsci« gefunden und es dann unternommen, an den Themen »Revolution«, »Demokratie und Diktatur des Proletariats«, »Die Rolle der Intelligenz«, »Politik des Kulturellen«, »Staat, Produktivkräfte und Arbeitssubjekte« sowie »Der >integrale Staat«« diese Linie zu beschreiben und einen Anstoß dafür zu geben, sie – wie [Peter Jehle] (Berlin) in der Diskussion meinte – als etwas bisher nicht Gegebenes »zu gewinnen«. Man könne – so [Frigga Haug] in ihrem Buch – »Luxemburg von Gramsci her lesen als eine organische Intellektuelle der Arbeiterklasse, die eine Erneuerung der Politik betrieb und dabei die Lücken und Mängel bisheriger sozialistischer Politik aufdeckte, ohne an strategischen Stellen schon vorher kohärent weitergearbeitet zu haben«. Gramsci dann habe an eben diesen Stellen (die mit den oben genannten Kapitelthemen bezeichnet sind) gearbeitet »auf eine Weise, dass es nicht als Bruch mit Luxemburg, sondern als Fortführung luxemburgischen Denkens und der Kunst der Politik begriffen werden kann«, denn: Er habe »die analytischen Begriffe für Luxemburgs Versuche im Politischen« geformt: »Hegemonie, Zivilgesellschaft, integraler Staat, historischer Block und historisches Milieu, Politik des Kulturellen – und das Plädoyer an die politischen Subjekte, in ihrer Verhaftetheit in gegensätzlichen und widersprüchlichen Traditionen, Sitten, Kulturen sich kohärent zu arbeiten durch Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft«.4 [Jehle] kommentierte dies zustimmend, meinte aber auch, dass man sich der Versuchung entziehen müsse, Gramsci nun »zu direkt« an Luxemburg heranzurücken. [Sobhanlal Datta Gupta] (Kalkutta) arbeitete als wichtige Gemeinsamkeit bei Luxemburg und Gramsci heraus, dass für beide »Kultur« nicht einfach »eine Politik« gewesen sei, sondern viel mehr, nämlich: »Strategie«.

In der Debatte zu den haugschen Überlegungen wurde dann – angeregt durch die unmittelbar angeschlossene Themenstellung »Revolutionäre Realpolitik« – auf bemerkenswerte Weise die Nähe zur Politik heutiger sozialistischer Parteien gesucht. [Dick Boer] (Amsterdam) brachte es auf den Punkt: Sowohl die Überlegungen Luxemburgs und Gramscis als auch die Notiz von Peter Weiss seien »spürbar vor der »Wende«« angesiedelt, ihre Träger hätten »noch real existierende sozialistisch orientierte Organisationen« voraussetzen und »darauf hoffen« können, »dass diese sich auf ihre »kritische Theorie« rückbesinnen und so erneuern konnten«. Wir Heutigen hingegen lebten »nach der »Wende«« und müssten »ohne diese Voraussetzung auskommen«. Daraus erkläre sich Stillstand.5 Gegen das Projekt eines real existierenden Sozialismus – oder auch: Sozialismus in einem Land, Revolution von oben, Erziehungsdiktatur – habe das Postulat der »Weltrevolution« und des langen Weges durch die Institutionen zur Hegemonie gesprochen, aber gegen dieses wiederum deren neueste theoretische Ausarbeitung im »Empire« von Negri und Hardt mit der »romantischen Verklärung« eines imaginären revolutionären Subjekts »Multitude«.6 »Realpolitisch« müsse man daher seine Hoffnungen für einen Ruck nach Links auf Lateinamerika setzen – also auf

einen neuen Versuch, einen »real existierenden Sozialismus« zum Gelingen zu bringen. Damit werde klar: Was Not tut, sei die immer noch fehlende grundlegende »Kritik des real existierenden Sozialismus«. Eine solche wäre ein wichtiger Beitrag zur »revolutionären Realpolitik«.

Dass die Debatte hierzu einerseits tatsächlich noch in den Kinderschuhen steckt, andererseits aber durchaus weiter entwickelt ist, als es in Boers Beitrag zum Ausdruck kam, zeigt ein Aufsatz des Ungarn Gáspár Miklós Tamás, der für die geplante, dann aber leider ausgefallene Wörterbuchwerkstatt zum Eintrag »Kapitalismen« die Runde gemacht hatte. Unter dem Titel »Ein ganz normaler Kapitalismus« hat Tamás dort eine fundamentale Kritik des Realsozialismus vorgenommen.7

Die von Tamás aufgemachte Forderung, die Auseinandersetzung »in der altehrwürdigen Art« zu beginnen – nämlich »mit der Analyse der Oktoberrevolution und ihrer verschiedenen Nacheiferer in Teilen Osteuropas, Südostasiens und anderswo nach dem Zweiten Weltkrieg«8 -, fand ihren Widerhall auf der Konferenz unter anderem in einer Diskussion zu Rosa Luxemburgs Revolutionsverständnis. [Isabel Loureiro] (São Paulo) brachte an dieser Stelle den interessanten und anregenden Streit in Erinnerung, der sich dazu in der Literatur zwischen Frigga Haug und Jörn Schütrumpf entwickelt hat,9 und hob in Zustimmung zu Frigga Haug hervor, dass Rosa Luxemburg in ihrem von »dialektischer Nuancierung« geprägten Denken die Revolution immer »von unten« betrachtet und Politik als »Aktion, die sich selbst erfindet«, begriffen habe. Dies sei der entscheidende Unterschied zu Lenin gewesen, und daher treffe die Kritik Schütrumpfs nicht den Kern. Der Verfasser dieses Berichtes brachte hierzu die kurz vor der Tagung von Helmut Bock vorgelegte Analyse der »April-Thesen« Lenins von 1917 ins Spiel,10 mit der zum einen zu zeigen ist, dass in der Tat – wie von Boer und Tamás gefordert – die grundlegende Kritik des Realsozialismus ihren Anfang mit aller Konsequenz in der Oktoberrevolution zu nehmen hat, und zum anderen, dass auch das Ausloten der Sicht Rosa Luxemburgs auf die russische Revolution und ihrer für Deutschland gezogenen Konsequenzen noch nicht an ein Ende gekommen sein kann. [Frigga Haug] trieb die Diskussion entschieden weiter in Richtung praktischer Politik. Es sei kritikwürdig, dass die Linkspartei den Parlamentarismus für die »Zentralachse der Politik« halte. Die soziale Frage sei im Kapitalismus nicht lösbar – also müsse immer wieder nach Projekten gesucht werden, die über den Kapitalismus hinausweisen. Die Linke befände sich um mit Gramsci zu sprechen – »überdeutlich im Stellungskrieg«; ihre »organischen Intellektuellen« hätten die Aufgabe, »die Sprache zurückzugewinnen«, damit man aus der allgemeinen Sprachlosigkeit herauskommen könne; es bedürfe geradezu eines »Handbuches der Projekte des Aussteigens« aus einem System, dessen Unfähigkeit zur Lösung der sozialen Frage so unübersehbar auf der Hand liege. [Rainer Schultz] (Boston/Berlin) machte auf Felder des Sammelns sozialer und politischer Erfahrung wie den »Bürgerhaushalt« aufmerksam, woran sich eine Debatte darüber anschloss, ob soziale Bewegungen ein wichtigerer Ort der »revolutionären Realpolitik« als Parteien sein könnten. [Dick Boer] nannte es einen »Grundfehler«, einer Argumentation zu folgen, die Opposition als »Defekt« begreife. Opposition – sei es im Parlament oder außerhalb desselben – sei wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

[Luxemburgismus]

Wer die Auseinandersetzung um den Realsozialismus »in altehrwürdiger Art« (Tamás) beginnen will, kommt am »Luxemburgismus«-Verdikt nicht vorbei. Mit seiner Skizze zum für den Band 8 des HKWM geplanten Eintrag zu diesem Stichwort schlug [Klaus Kinner] (Leipzig) einen Bogen vom August 1922, als in der Disposition zu einem Schulungskurs »Die politische und wirtschaftliche Weltlage« der zentralen Parteischule der KPD Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie ganz selbstverständlich als »theoretische Grundlegung des deutschen Kommunismus« gegolten hatte, bis zum 12. (Weddinger) Parteitag der KPD

1929, mit dem, wie er sagte, die »Verbindung zur Frühgeschichte des deutschen Kommunismus gekappt« und »inhaltlich und personell der Bruch mit Rosa Luxemburg vollzogen« worden sei. Mit der Denunziation Levis durch Lenin als »Überläufer«11 und dem rigiden und oberflächlichen Umgang Lenins mit Rosa Luxemburgs Werk sei dem späteren Luxemburgismus-Verdikt der Boden bereitet worden. Bei Lenin bereits angelegt gewesen sei auch noch ein anderer Grundzug des späteren Umgangs mit Rosa Luxemburg: die Trennung von Leben und Werk, will sagen: die Würdigung des revolutionären Lebens und Wirkens auf der einen und die wachsende Distanz zu ihrem Werk auf der anderen Seite. Mit der Konstruktion des »Leninismus«-Begriffs auf dem V. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1924 sei auch der Begriff des Luxemburgismus entstanden – und zwar als Sammelbegriff für jene tatsächlichen oder angeblichen Schwächen der deutschen Partei, die den Erfolg des »deutschen Oktobers« vereitelt haben sollten.12 Den Bogen zur »revolutionären Realpolitik« spannend, resümierte Kinner, dass sich der Widerspruch zwischen dem Versuch einer linkssozialistisch intendierten, auf die Überwindung des Kapitalismus zielenden Realpolitik einerseits und einer Politik, die fundamentalistisch am Konzept der Weltrevolution und dem Glauben an die Machbarkeit dieser Revolution festhielt, andererseits in der Geschichte des Parteikommunismus des Komintern-Typs bis zu dessen Ende immer wieder reproduziert habe. Auch revolutionäre Realpolitik heute habe es nicht nur mit dem Feind »Bürokratisierung« zu tun, sondern auch dem Feind »linker Fundamentalismus«.

[Die »Linie Luxemburg-Gramsci« in der politischen Bildung und Pädagogik]
Dem Tagungsthema entsprechend umfasste die Debatte zur »Linie Luxemburg-Gramsci« noch ein weiteres Rundtischgespräch, und zwar zur Frage der politischen Bildung und Pädagogik.

[Georg Auernheimer] (Köln) machte als »fundamentale Gemeinsamkeit« bei Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci deren Auffassung aus, »die Menschen als diejenigen zu nehmen, die sie sein [könnten]«; Menschen also, »die sich mit dem Ändern der Umstände selbst verändern«. Daher stimmten auch die Bildungsziele zwischen beiden weitgehend überein. Für Gramsci sei Bildung, »sich der objektiven Möglichkeiten bedienen zu können«; für Luxemburg »der freie Austausch mit dem Lehrer«. Ganz fraglos sei für beider Gesellschaftskonzepte Bildung von ganz zentraler Bedeutung. [Andreas Merkens] (Hamburg) vertiefte diese Überlegung. Luxemburg wie Gramsci hätten Bildung als »Prozess der lernenden Aneignung von unten« verstanden; von Gramsci stamme das Bild von den Menschen, »die sich selbst zur Kunst der Regierung ermächtigen«. Nur durch Bildung könnten sich »die Regierten von den Regierenden unabhängig« machen. [Gerhard Zimmer] (Hamburg) beschrieb die heute in Deutschland üblich werdenden Bachelor-Studiengänge als das »totale Gegenteil« dessen, was für Gramsci Bildung gewesen sei. Bildung brauche immer und unter allen Umständen [Zeit]. Und sie brauche das »Studium generale«, brauche die Einbettung der Bildung in Leben und Erfahrung. Auch hier sei man mit dem kompletten Gegenteil konfrontiert: der »Separierung« von politischer Bildung, wie sie etwa von den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung betrieben werde. [Josef Held] (Tübingen) umriss, was unmittelbar von Gramsci für die Bildung zu lernen sei: [cultura] als ästhetische Bildung; das individuelle und gesellschaftliche Selbstbekenntnis; das Verständnis von geistiger Krise als Ausgangspunkt für Neuorientierung; und schließlich auch: die Hochschätzung von Moral und Werten – was, wie er anmerkte, »für Linke oft wohl sehr komisch« klinge. [Ines Langemeyer] (Cottbus) verwies noch einmal auf Komplexität: bei Gramsci seien [alle] Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse als [pädagogische] Verhältnisse zu lesen. Und zu den Werten gehöre zweifellos die Leidenschaft: Man könne nicht [wissen], ohne zu [verstehen].

[Kinder, Kindheit]

Dies gehört zum besonders Spannenden der Erarbeitung der HKWM-Bände: dass die Debatte beständig changiert – changiert zwischen ganz vordergründig politischen Begriffen wie »Klasse« oder »Luxemburgismus« auf der einen und »allgemein-menschlichen« wie etwa »Kinder« und »Kindheit« auf der anderen Seite, wodurch aufs immer wieder Neue die Weite des Kosmos marxschen Denkens und die Gültigkeit der auf diesem aufbauenden Methoden zunächst von den Akteurinnen und Akteuren selbst erfahren und dann – hoffentlich! – auch den Leserinnen und Lesern erfahrbar gemacht werden.

[Josef Held] legte in Esslingen den Entwurf des »Kinder, Kindheit«-Wörterbucheintrags vor und begründete zunächst den Doppel-Titel mit der Notwendigkeit, zwischen Kindheit als »historischem und kulturellem Produkt« bzw. »gesellschaftlicher Konstruktion« auf der einen und der konkreten Betrachtung der Kinder und des Umgangs mit ihnen auf der anderen Seite zu unterscheiden. So präsentierte er denn auch zunächst eine Darstellung der unterschiedlichen Rolle oder gar des völligen Fehlens von Kindheit in unterschiedlichen geschichtlichen Epochen sowie der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Kindheiten wegen deren Gebundenheit an Klassen- und Geschlechterverhältnisse, um sich dann den »konkreten Kindern« und damit den Fragen der Psychologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik zuzuwenden. Mit Problematisierungen heutiger Kindheiten wie der, dass Kinder in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften »immer mehr Optionen vorfinden, aber immer weniger Orientierungspunkte für ihren eigenen Weg«, war der Diskussion reichlich Stoff gegeben.

[Klaus Weber] (München) zitierte das Matthäus-Evangelium mit dem Satz »Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen« und stellte die These auf, dass die heutige Gesellschaft sich diesem Anspruch direkt entgegengesetzt verhalte: Die Kinder sollen sich ständig so verändern, dass – um im Bilde zu bleiben – niemand ins Himmelreich kommen kann. Wenn heute die Auffassung vertreten wird, Kinder seien vom 0. Lebensjahr an bildungsfähig, dann sei gemeinhin gemeint: [zurichtungs]fähig, schneller [verwertungs]fähig. »Kinder« sei »die vergessene Kategorie« in der Begriffsgruppe Klasse-Rasse-Geschlecht; zu fragen sei, welche Gesellschaft gebraucht werde, damit der Status »Kind« überflüssig wird, weil alles im Status »Mensch« vereint ist. [Gerhard Zimmer] machte – an die »Zurichtungs«-Überlegungen anknüpfend – auf die Rolle der Einführung der Schulpflicht bei der Entwicklung der kapitalistischen Industrieproduktion aufmerksam. [Christian Wille] (Berlin) thematisierte die Bedeutung der Pflegephase des Kindes für Arbeitsteilung und Geschlechterverhältnisse. [Silke Wittich-Neven] (Hamburg) verwies auf den Zusammenhang von Kinder- und Menschenrechten. Es sei auffällig, wie in der heutigen Gesellschaft die Strafrechtsmündigkeit nach vorn verschoben werde – die demokratischen Rechte blieben aber davon unberührt. [Ingar Solty] (Toronto) forderte, den Blick auf die ganze Welt zu richten, um die Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Kindheiten in den Blick zu bekommen. Die Unterschiede ergäben sich selbstverständlich zu allererst aus den sozialen Bedingungen, aus der Kluft zwischen arm und reich, seien aber auch an kulturellen Zuschreibungen festzumachen – etwa dann, wenn ein 16jähriger Mexikaner in Mexiko rechtmäßig eine 13jährige Frau heiraten kann, dafür aber im benachbarten Kalifornien wegen Kindesmissbrauch verhaftet wird.

Die Liste der Vorschläge, Einwände, Ergänzungen war lang, so dass eintrat, was meist notwendig wird, wenn auf den Tagungen ein konkreter Wörterbuch-Eintrag zur Diskussion gestellt wird: die Einleitung einer umfassenden, per elektronisch vernetzter Debatte in kollektiver Arbeit realisierten Überarbeitung des vorliegenden Textes.

[Klassenherrschaft]

Auch der Entwurf des Wörterbuch-Eintrags »Klassenherrschaft«, entstanden als Gemeinschaftsarbeit der Autoren [Bob Jessop] (Lancaster) und [Werner Goldschmidt]

(Hamburg), musste nach der Esslingen-Tagung einen solch umfangreichen Überarbeitungsprozess durchlaufen. Jessop stellte, nachdem er die ökonomische, politische und ideologische Form der Klassenherrschaft thematisiert hatte, selbst jene Fragen, für die er sich in der Diskussion weitere Aufklärung erhoffte: Warum erscheine die Klassenherrschaft im Kapitalismus an der Oberfläche nicht als solche? Ist es so, dass, wo die Ausbeutung die Form des Austausches annimmt, »die Diktatur als Demokratie erscheint«? Und er formulierte Thesen wie die: Der Kapitalist verliere, wenn der politische Klassenkampf den ökonomischen bestimme – z. B. im Falle eines Generalstreiks. Er gewinne jedoch, solange die Separierung der beiden Formen voneinander gelinge. Der ökonomische Klassenkampf bleibe in der Balance, solange er sich im Lohnsystem bewege; der politische Klassenkampf wiederum bleibe in der Balance, solange er im Rahmen der demokratischen Institutionen verbleibe. Goldschmidt dann konzentrierte sich in der Vorstellung des Beitrags auf die Überlegungen zur »Herrschaft als Überwindung der Herrschaft«, wie sie Marx in der Analyse der Pariser Kommune entwickelt hatte, und charakterisierte die »Diktatur des Proletariats« als »Aufgabe, an der der Kommunismus des 20. Jahrhunderts gescheitert ist«.

Die enge Verknüpfung zwischen »Klassenherrschaft« und »Klassenkampf« im Entwurf und in der Diskussion nahm [Mario Candeias] (Berlin) zum Anlass, generell eine Straffung des Textes anzuregen, der eigentlich schon für sich genommen ein Wörterbuch darstelle. Müsse es angesichts der vielen verwandten Stichworte im Band 7 nicht darum gehen, sich unter »Klassenherrschaft« auf einige wenige Hauptlinien zu konzentrieren wie etwa die, dass auch die demokratischste, progressivste Form des Kapitalismus unverändert Klassenherrschaft bleibe? [Wolfgang Fritz Haug] stimmte dem Straffungsgedanken zu, wandte aber zugleich ein, dass der Artikel nicht auf die [kapitalistische] Klassenherrschaft eingegrenzt bleiben dürfe. Es liege auch in anderen Gesellschaftsordnungen das Klassenverhältnis [nicht] klar zutage. Marx und Engels hätten schon in der »Deutschen Ideologie« das [Patriarchat] als früheste Form des Privateigentums und der Herrschaft über fremde Arbeitskraft beschrieben. Von Engels stamme die Beobachtung, dass zu den Stabilisatoren der Klassenherrschaft auch »die fürchterliche Macht der Gewohnheit« gehöre. Und wie habe sich Klassenherrschaft etwa in der DDR vollzogen? Man müsse der These vom »Aushandlungsstaat« nachgehen. [Victor Wallis] (Boston) rundete die Debatte mit Beobachtungen zu neuen Formen der Klassenherrschaft in den USA ab. Dort seien zunehmend private Firmen direkt in die Machtausübung einbezogen, ja trügen sie sogar – im Bereich der Medien, der Justiz und nun sogar im Krieg im Irak und in Afghanistan.

[Ausblick]

InkriT-Tagungen sind viel zu umfangreich, um von einem Einzelnen lückenlos referiert werden zu können. Etliche Wörterbuchwerkstätten finden gleichzeitig statt, und auch der Raum zum Abdruck ist begrenzt. Zwei vom Berichterstatter erlebte Werkstatt-Debatten zu Stichwörtern im Band 8 sollen hier noch kurz erwähnt werden. Erstens die über den von [Isabel Loureiro] vorgelegten Text zum Eintrag »Landlosenbewegung« mit Anregungen von [Rainer Schultz], [Andreas Novy] (Wien), [Stefan Schmalz] (Marburg), [Renato Caputo] (Rom) und [Mario Candeias]; und zweitens die zum Stichwort »Lassaleanismus«, das von [Montserrat Galcerán] (Madrid) erarbeitet wurde und in der sich [Thomas Marxhausen] (Halle/Saale), [Michael Flörsheimer] (Marburg), [Renato Caputo] und [Werner Goldschmidt] mit Kritik und Anregung zu Wort meldeten. Auf die Teilnahme an anderen Veranstaltungen wie etwa den Rundtischgesprächen zu den Themen »>Klimakatastrophe« und gesellschaftliche Naturverhältnisse« und »Peter Weiss – und eine neue Politik der Erinnerung« musste der Berichterstatter zwangsläufig ebenso verzichten wie auf die Werkstätten zu den Stichwörtern »kulturelle Revolution«, »Kategorie«, »Kultur, Kulturpolitik«, »klassisch«, »Lüge«, »Liebesverhältnisse« und »Open Source«.

Das letztgenannte Stichwort verweist bereits auf Band 10 des HKWM. Das ist noch einige Jahre hin. Bereits in Sichtweite aber ist die XII. InkriT-Tagung im Jahre 2008, die voraussichtlich vom 22. bis 25. Mai stattfinden wird. Zur Mitarbeit ist aufgerufen.

Personenmarginalie:

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: Asiaticus, China 1937 (Heft 200, Juni 2007); zum HKWM siehe auch den Bericht »Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg. IX. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT)« (Heft 180, Oktober 2005) und den Artikel »Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort« (Heft 193, November 2006).

1 Band 1 (Abbau des Staats bis Avantgarde) erschien 1994 (2. Aufl. 1997); Band 2 (Bank bis Dummheit in der Musik) 1995 (2. Aufl. 1997); Band 3 (Ebene bis Extremismus) 1997 (2. Aufl. 1998); Band 4 (Fabel bis Gegenmacht) 1999; Band 5 (Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat) 2001; Band 6/I (Hegemonie bis Imperialismus) 2004; Band 6/II (Imperium bis Justiz) ebenfalls 2004. Dies alles und mehr zum HKWM siehe unter www.inkrit.org. Dort – übrigens – sind auch Erkundigungen darüber einzuholen, wie man das Projekt finanziell unterstützen kann.

- 2 Siehe dazu im vorliegenden Heft den Beitrag von Dietmar Wittich.
- 3 Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg 2007.
- 4 Ebenda, 177f.
- 5 Zu diesem »Stillstand« führte Boer aus: Noch immer werde »Reform« praktisch als »Reformismus« verstanden, und »Revolution« sei entweder eine »Idee, die nicht praktisch werden will, weil sie die Massen nicht ergreift«, oder »real existierender Sozialismus«. Über den »Reformismus« hinaus gehend sei nur die Aufklärung darüber, dass innerhalb des »Systems« der kapitalistischen Produktionsweise die anstehenden globalen Probleme nicht oder jedenfalls nicht sozial lösbar sind.

6 Gemeint sind die Bücher: Antonio Negri, Michael Hardt: Empire, Frankfurt/New York 2002, und: Dieselben: Multitude, ebendort 2004.

7 Gáspár Miklós Tamás: Ein ganz normaler Kapitalismus (dt. von Gerold Wallner), in: Grundrisse, Wien, Nr. 22 Sommer 2007, S. 9-23. – Es heißt dort zum Beispiel: »Gerade in der letzten Sekunde seiner Existenz hat das ›kommunistische< System sein Geheimnis verraten: Es war nicht irgendeine Art von ›Nicht-Eigentum<, das in Privateigentum umgewandelt wurde, sondern die eine Art von Privateigentum wurde in die andere umgewandelt. Die Rolle der zentralen staatlichen Autorität stellte sich als die Funktion eines Schiedsrichters heraus wie in jedem bürgerlichen Gemeinwesen, das auf sich hält, und die Abwicklung der Überbleibsel eines egalitären Wohlfahrtsstaats wurde so erfolgreich bewerkstelligt, weil keine antikapitalistischen Kräfte übrig waren« (S. 20). Oder: »Osteuropa könnte wieder zum [schwächsten Glied] (Hervorhebung i. O.) in der Kette kapitalistischer Regimes werden, weil der östliche Kapitalismus so rein, so gesäubert und geläutert wurde durch den leninistisch-

stalinistischen Massenmord, durch Zwang und umfassende Knechtschaft« (ebd.). Und: »Die einzige Art von Widerstand ist schlicht nostalgisch und [passéiste] (Hervorhebung i. O.) (die Vergangenheit verherrlichend), entweder vom symbolischen Standpunkt der >natürlichen Weltordnung« einer agrarisch-ländlichen Ständegesellschaft oder von dem der Tragödie emanzipatorischer Anläufe aus, die in Staatskapitalismus, Tyrannei und gemeinsamer Aufgabe endeten. (...) Der erste Schritt für eine osteuropäische Linke sollte der sein, zu Erinnerung und Klassenrealität zu erwachen, was einen Schritt zur Anerkennung von Autonomie und Subjektwerdung bedeutet« (S. 22).

8 Ebenda, S. 12.

9 Vgl. Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg. Der Preis der Freiheit, Berlin 2006, und Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, a. a. O. – Frigga Haug setzt sich in ihrem Buch mit Schütrumpfs Aussage auseinander, wonach sich Rosa Luxemburg »gerade am Punkt Revolution (...) am wenigsten vom traditionellen Marxismus emanzipiert« habe, weil sie, »statt Revolutionen wirklich als ›Lokomotiven der Weltgeschichte‹ zu nehmen, mit denen die bis zum Platzen aufgeladenen Widersprüche entspannt werden und Wege zu demokratischen Entwicklungen freigesprengt werden können, in dem Gedanken befangen« geblieben sei, »dass die ›sozialistische‹ Revolution zu einer völlig anderen Qualität führen würde als die ›bürgerliche‹ Revolution« (Schütrumpf S. 38 – bei Frigga Haug zitiert in Anm. 110 auf S. 155). Einen solchen Widerspruch bei Luxemburg sieht Frigga Haug gerade [nicht], verweist stattdessen vielmehr darauf, dass dem berühmten Satz von der Freiheit, die »immer die Freiheit der Andersdenkenden« sei, auch im Kontext des Revolutionsverständnisses eine zentrale Rolle zukomme. »Bei Luxemburg«, schreibt sie, bestehe »sozialistische Politik eben darin, die unkundigen und noch stumpfen Massen überhaupt erst ins politische Leben zu ziehen und für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft zu gewinnen«, womit die Freiheit der Andersdenkenden »nicht Toleranz« sei, »sondern das Daseinsmoment lebendiger Diskussion und des Experiments« (S. 156).

10 Helmut Bock: Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins April-Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 198 (April 2007), S. 297-308. – Vgl. in UTOPIE kreativ außerdem: Roy Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, in: Heft 77 (März 1997), S. 63-75; auch Wolfgang Ruge: Vom Roten Oktober zur Alleinherrschaft der Bolschewiki. Machtkämpfe nach der Machtübernahme, in: Heft 205 (November 2007), S. 1012-1031; und schließlich den Aufsatz von Jörn Schütrumpf im vorliegenden Heft.

11 Siehe hierzu auch den Aufsatz von Jörn Schütrumpf im vorliegenden Heft.

12 Kinner zeichnete von den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Detail folgendes Bild: Seit 1925 habe sich eine immer klarer werdende Frontstellung zwischen den »Linken« der Richtung Ruth Fischer, Arkady Maslow und Ernst Thälmann hier und der »luxemburgistischen Rechten« da abgezeichnet, Zunächst jedoch hätten Ernst Meyer, Clara Zetkin und Paul Frölich noch dafür sorgen können, dass differenzierte Analysen der Geschichte der deutschen Linken und Editionen der Werke Rosa Luxemburgs im innerparteilichen Diskurs Gehör finden konnten. Mit dem Ausscheiden der Levi- und der Reuter-Friesland-Gruppe auf der einen und der Fischer-Maslow-Gruppe sowie der Kräfte um Korsch, Rosenberg, Scholem und Urbahns auf der anderen Seite habe sich die Partei dann jedoch des größten Teils der Funktionärselite, die die Partei begründet und in ihren ersten Jahren geleitet hatte, entledigt. Damit sei der kommunistischen Bewegung entscheidendes kreatives Potential entzogen worden; von nun an sei die Partei endgültig auf den Kurs der von

Stalin dominierten KPdSU (B) eingeschworen gewesen. Nicht mehr die Diskussion theoretischer Probleme sei fortan gefragt gewesen, sondern die bedingungslose Umsetzung der jeweils dominierenden Generallinie. Wer abweichende Positionen vertrat, habe sich unversehens im Lager der Konterrevolution wieder gefunden – im Stalinschen Terror der dreißiger Jahre oft mit tödlichem Ausgang. In den Anklageschriften der Moskauer Prozesse fanden sich die »Abweichungen« der zwanziger und frühen dreißiger Jahre häufig als entscheidendes »Beweismaterial« wieder.